

# Leise A8 e.V.



Leise A8 e. V. Bischwiese 2 75223 Niefern-Öschelbronn

Ihr Ansprechpartner:  
Bernd Schuster  
Tulpenstraße 22

75223 Niefern-Öschelbronn  
Mobil: 0162 2130750  
Bernd.w.schuster@t-online.de

## Pressemitteilung 21.02.2021

### **Leise A8 hat auch Stromautobahn im Blick: Verein befürchtet erneut massiven Eingriff in Landschaft**

PFORZHEIM-EUTINGEN/KIESELBRONN/NIEFERN-ÖSCHELBRONN. Die Ausschreibung für die Autobahn A8 im Enztal läuft. Ziemlich im Schatten dieses Vorhabens steht ein weiteres Großprojekt, das sich derzeit in der Phase der zweiten Offenlage befindet: der geplanten Neubau einer Starkstromleitung, die durch die TRANSNET BW errichtet wird und deren Trasse quer durch die Region von Birkenfeld bis nach Ötisheim verläuft. Diese Stromautobahn erhält allerdings weitaus weniger Aufmerksamkeit als der Ausbau der Verkehrsachse, obwohl sie – so jedenfalls die Meinung des Vereins Leise A8 e.V. - ebenfalls einige Ungereimtheiten im Gepäck hat, die auch den geplanten Ausbau der Autobahn berühren.

Aus diesem Grund hat der Verein auch diesen Planfeststellungsentwurf unter die Lupe genommen und dabei eine erstaunliche Entdeckung gemacht. Sechs der geplanten Masten sollen nach dem Willen der TRANSNET BW-Planer in sogenannten FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat) errichtet werden. Mindestens ein weiterer entsteht sogar in einer CEF-Fläche (Continuous ecological functionality-measures auf Deutsch Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der ökologischen Funktion). „Wie kann es sein, dass diese Masten, die einen massiven Eingriff in die Landschaft darstellen, in einer Fläche auftauchen, die im Planfeststellungsbeschluss für den Autobahnausbau als gesetzliche Ausgleichsmaßnahme festgelegt ist?“, fragt sich Vorstandsmitglied Josef Eberhardt verwundert.

Zur Veranschaulichung: Bautechnisch sind für die Starkstrommasten bis zu acht Meter tiefe und nahezu 500 Quadratmeter große Baugruben mit Seitenlängen bis zu 23 Meter erforderlich. „Das ist ein durchaus erheblicher Eingriff in eine Landschaft, die bewusst dazu

vorgesehen ist, den Landschaftsverbrauch beim Bau der neuen Autobahn zu kompensieren“, findet Eberhardt. Denn ganz nebenbei benötigen die Masten – zumindest im Bau – weitere Flächen für Zufahrt, Vormontage und Aufstellung der Schwerlastkräne sowie dazugehörige Lagerflächen. Man kann also durchaus von erheblichen Auswirkungen auf die umgebende Natur ausgehen, stimmt ihm Vorstandsvorsitzender Bernd Schuster zu. „Inwieweit man dabei noch von einem Erhalt von Schutzgebieten sprechen kann, bleibt ein Geheimnis der Planer.“

Schuster ärgert zudem, „dass dabei erneut Erdaushub anfällt, der teuer entsorgt werden muss, obwohl für beide Vorhaben eine einzige Behörde, das Regierungspräsidium Karlsruhe, zuständig ist.“ Und noch gut ist ihm in Erinnerung, dass sich das selbe Regierungspräsidium im Jahr 2014 noch jedem Eingriff in das FFH-Gebiet verwehrt hat, in dem nun der Standort für einen Strommasten vorgesehen ist. „In der Folge der damaligen Planung müssen nun für den Bau der Autobahn erhebliche Mittel ausgegeben werden, um außerhalb des Schutzgebietes Behelfsstützwände zu errichten, die nach Fertigstellung der Fahrbahnen letztlich wieder abgerissen und entsorgt werden müssen“, moniert er.

„Wenn ein Gebiet als schützenswert angesehen wird, dann muss dies konsequenterweise für alle Maßnahmen gelten“, findet Schuster. „Hier wird jedoch mit unterschiedlichem Maß gemessen: Soweit Interessen der Bürger betroffen sind, beruft sich das Regierungspräsidium stur auf Gesetze und Verordnungen; sind jedoch wie im Fall der TRANSNET BW eigene, staatliche Interessen tangiert, scheinen solche Regelungen nur noch eine untergeordnete Rolle zu spielen“, kritisiert der Vorsitzende. Der Verein fordert daher nun das Regierungspräsidium als Genehmigungsbehörde für beide Maßnahmen dazu auf, Ausgleichsmaßnahmen für die geplanten Strommasten in den geschützten Gebieten zu schaffen.

„Bereits im Verfahren zum Autobahnausbau hatten wir aus Lärmschutzgründen einen Schutzwall im Gewann „Mitten im Bulach“ zwischen Eutingen und Kieselbronn in die Diskussion eingebracht“, sagt Schuster. Dieser würde nicht nur die Bürger besser vor Lärm schützen, sondern böte zudem Einsparpotenzial bei den inzwischen bereits deutlich aus dem Ruder gelaufenen Kosten, da überschüssige Erde direkt vor Ort eingebaut werden könne, anstatt sie andernorts teuer entsorgen zu müssen, wiederholt Schuster die damalige Forderung der Leisen A8. „Wenn dieser Wall ökologisch sinnvoll angelegt wird, können dort Pflanzen und Tiere, die aus den Schutzgebieten verdrängt werden, eine neue Heimat finden“, ist sich die Vorstandschaft einig und würde sich einmal mehr wünschen, dass die Verantwortlichen bei der Stadt Pforzheim ihre Forderung unterstützen. „In jedem Fall muss sich das Regierungspräsidium hier erklären. Wir erwarten eine begründete und

nachvollziehbare Darstellung für den jetzt geplanten Eingriff in die Natur und sind gespannt, welche Vorschläge die Behörde dazu auf den Tisch legt“, so Schuster abschließend.

(Leise A 8 e.V.)